

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), **dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei** (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

a) *Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?*

Coming-outs sind nach wie vor sehr sensible und persönliche Entscheidungen, die eine individuelle Risikoabwägung einschließen. Nicht immer und überall fühlen sich Bisexuelle aber auch andere queere Personen in ihrem (Arbeits-)Umfeld so sicher und wohl, dass sie von einer akzeptierenden Grundhaltung ausgehen können. Wir GRÜNEN bedauern dies sehr und kämpfen weiter für eine offene und vielfältige Gesellschaft in der niemand mit negativen Konsequenzen im Zuge eines Coming-outs rechnen muss. Dementsprechend werden wir uns auch weiter für die rechtliche und soziale Gleichstellung von LGBT*IQ einsetzen und beispielsweise im Rahmen von Akzeptanzkampagnen insbesondere bisexuelle Personen sichtbarer machen.

b) *Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?*

Auch in unseren Reihen gibt es geoutete bisexuelle Politiker*innen. Darüber sind wir sehr froh, denn Ihre Perspektiven bereichern unsere Politik sehr.

Frage 2:

Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)
Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz

**Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%,
<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).**

a) *Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?*

Wir GRÜNE stehen für eine inklusive Gesellschaft. D.h. wir machen uns stark für ein solidarisches Miteinander unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Behinderungen, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Dies schließt Schulen selbstverständlich ein. Daher brauchen wir ein Bildungssystem, das Vielfalt als Chance erkennt und eine Bildungspolitik, die eine inklusive Gesellschaft fördert. Dementsprechend müssen wir bereits bei der Lehrkräfteausbildung ansetzen und dafür Sorge tragen, dass angehende Schulleitungen und Lehrkräfte ausreichend für die Belange von bisexuellen Kindern und Jugendlichen geschult und sensibilisiert werden.

Auch das Weiterbildungsangebot wollen wir an der Stelle erweitern und verpflichtende Module zum Thema vorsehen.

Die Themen Diversity, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wurden im Rahmen GRÜNER Regierungsbeteiligung bereits vermehrt in die Lehrpläne zu Gesellschaftslehre aufgenommen. Doch auch wir sehen hier noch Luft nach oben und wollen insbesondere zur Sensibilisierung der Schüler*innen die Kooperationen zwischen Schulen und Organisationen wie SCHLAU oder ProFamilia stärken und ausweiten.

b) *Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?*

Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung wurden die Finanzmittel für Queerpolitik verzehnfacht. Dieses Engagement werden wir auch künftig fortsetzen und uns weiterhin für steigende Mittel einsetzen.

Frage 3:

**Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).
Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.**

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)
Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz

**In Rheinland-Pfalz gibt es seit 2013 den Landesaktionsplan
„Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere
Lebensweisen“**

(https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Massnahmenplan_final.pdf
).

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über
Bisexualität aufgeklärt werden?**

Tatsächlich stammen die aktuellen Richtlinien zum Sexualkundeunterricht aus dem Jahr 2009 und wurden ohne die Beteiligung queerer Verbände erstellt. Dementsprechend lassen sie noch viele Themen, die zu einem modernen Sexualkundeunterricht dazugehören außen vor. Wir wollen das ändern und streben daher eine Überarbeitung des Sexualkundeunterrichts an, damit Kinder und Jugendliche über die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufgeklärt werden. Uns ist in diesem Zusammenhang die Beteiligung der queeren Verbände in Rheinland-Pfalz sehr wichtig. Wir würden uns in diesem Rahmen auch über Input des bisexuellen Netzwerks freuen.

Frage 4:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen

(<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexuaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Wir halten mit unserer Politik klar dagegen und zeigen klare Kante gegen jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Dementsprechend stehen wir solidarisch an der Seite von Bisexuellen und allen anderen queeren Personen und garantieren ihnen unseren

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)
Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz

uneingeschränkten Rückhalt. Auch unser queeres Engagement in der Bildungspolitik ist hierfür ein Zeugnis (s. Antworten zu Frage 2a und 3).

Frage 5:

Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine Initiative zu sexueller Sichtbarkeit:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html,
https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissung, Workshop und Demonstration für sexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

a) Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Rheinland-Pfalz vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Auch wir wollen das Thema Bisexualität sichtbarer machen und arbeiten in dem Zusammenhang eng mit queeren Verbänden und den GRÜNEN vor Ort zusammen. Wir können uns auch sehr gut vorstellen, Bi-Flaggen an prominenten Orten zu hissen, etwa zum internationalen Tag der Bisexualität und würden uns auch über die Organisation eines Bi-Prides freuen, um Seite an Seite für mehr Sichtbarkeit zu kämpfen.

b) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder einem Ministerium gehisst wird? Welches?

Im Sinne der Sichtbarkeit präferieren wir Rathäuser oder auch Plätze in den Innenstädten.

c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Das war bisher immer Usus und wird es auch künftig sein.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.) gehalten

(<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es

schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität

(<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2021 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Landtag einbringen?

Tatsächlich haben wir in der Vergangenheit schon einige Anträge zum Thema LGBT*IQ gestellt, etwa zur besseren Aufklärung zum Thema an Schulen, zum Schutz gegen queerfeindlichen Gewalt oder auch zur Aufarbeitung der rheinland-pfälzischen Diskriminierungsgeschichte. Dieses parlamentarische Engagement zum Thema LGBT*IQ wollen wir in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Frage 7:

Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

a) Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Auch das Land vergibt Forschungsaufträge. Im Auftrag unseres GRÜNEN Familienministeriums wurde beispielsweise begonnen die rheinland-pfälzische Diskriminierungsgeschichte mit Blick auf Menschen, die (auch) gleichgeschlechtlich begehren, aufzuarbeiten. In dem Zusammenhang wurde erstmals in Deutschland die Aufmerksamkeit auf den (drohenden) Sorgerechtsentzug bei Müttern in gleichgeschlechtlichen Beziehungen im Zuge einer Scheidung gelenkt. Dieses Engagement werden wir fortsetzen und künftig auch die spezifisch bisexuelle Diskriminierungsgeschichte noch stärker berücksichtigen und einbeziehen.

b) Inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Evidenzbasierte Forschung und Studienergebnisse sind auch für uns handlungsleitend und dienen uns als wichtiges Argument für unsere Queerpolitik. Bei uns hat die Ausgrenzung von Lesben, Schwulen,

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)
Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz

Bisexuellen, Trans* und Inter-Personen sowie von queeren und nonbinären Menschen (LSBT*IQ) keinen Platz. Daher haben wir uns in der Vergangenheit für ihre Belange eingesetzt und werden das auch künftig tun.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich Politiker_innen LSBTI*-feindlich

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Immer wieder positionieren wir uns gegen menschenfeindliche Positionen innerhalb und außerhalb des Parlaments. Was wir brauchen ist ein breites bürgerschaftliches Bündnis gegen Rechts und menschenfeindliche Tendenzen. Hierfür werden wir auch künftig werben und Einrichtungen der Demokratiebildung und der Gedenkarbeit sowie Präventionsstellen stärken. In Zeiten zunehmender Radikalisierung und einer wachsenden Bedrohung durch Rechtsextremist*innen, ist dieses Engagement besonders wichtig. Um unsere Demokratie zu schützen, brauchen wir eine starke demokratische Zivilgesellschaft und gute politische Bildungsangebote.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist eine besonders zu verachtende Straftat.

- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Auch wir nehmen Hasskriminalität sehr ernst und setzen uns dafür ein, dass Gewalttäter*innen nicht mit ihrem Handeln durchkommen, sondern konsequent strafrechtlich verfolgt und geahndet werden. Dementsprechend ist es wichtig, dass alle Gewalttaten zur Anzeige gebracht werden und sich Opfer queerfeindlicher Gewalt besser betreut fühlen. Daher werden wir nicht nur die Polizei, sondern auch die Staatsanwaltschaften für queerfeindliche Gewalt sensibilisieren. Des Weiteren werden wir uns dafür einsetzen, dass die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verpflichtend im Studium der Polizei aufgenommen werden.

Frage 10:

Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

- https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Uns GRÜNEN ist ein diskriminierungsfreier Zugang zur Blutspende sehr wichtig. Aus diesem Grund haben wir jüngst einen Antrag zum Thema eingebracht, der von allen demokratischen Parteien im Landtag mitgetragen wurde und die Landesregierung dazu aufgefordert, den Druck auf den Bund in dem Zusammenhang zu erhöhen, damit die Diskriminierung an der Stelle endlich ein Ende ein hat. Den Antrag finden Sie hier:

<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/12974-17.pdf>

Und die entsprechende Berichtserstattung dazu hier:

https://www.queer.de/detail.php?article_id=37097

Frage 11:

Das Transsexuellengesetz betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

- a) Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?**

Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung ist für uns ein sehr hohes Gut. Daher fordern wir schon lange eine Ablösung des in weiten Teilen verfassungswidrigen Transsexuellengesetzes durch ein zeitgemäßes Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung. Unser grün geführtes Familienministerium hat bereits in dieser Wahlperiode

zwei Anträge mit entsprechenden Forderungen in den Bundesrat eingebracht. Zudem wollen wir Änderungen der Vornamen an Schulen, Universitäten und Hochschulen deutlich erleichtern und auch hier die Selbstbestimmung stärken und Diskriminierungen abbauen.

b) Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Wir GRÜNE kämpfen weiter Seite an Seite mit von struktureller Diskriminierung betroffenen Menschen. Die Wahrung der Menschenrechte hat für uns höchste Priorität, beispielsweise thematisieren wir die Situation der Menschenrechte auch in unseren internationalen Kontakten wie mit unserem Partnerland Ruanda.

Frage 12:

Auch heute noch werden intersexuelle Kinder ohne medizinischen Grund operiert – eine Praxis, die beschönigend als „geschlechtsangleichende Operation“ bezeichnet wird, in der Realität für die Betroffenen aber eine Genitalverstümmelung mit oft schwerwiegenden lebenslangen Folgen darstellt:

<https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Auch dieses Thema ist uns wichtig. Hierbei handelt es sich um eine massive Grenzverletzung über die Köpfe der betroffenen Kinder hinweg. Die Folgen für Psyche und Körper sind unvorhersehbar. Wir wollen ein Verbot dieser Operationen ohne Schlupflöcher. Die Bundesregierung darf dieses Unrecht nicht länger zulassen. Intersexuelle Kinder sollen nicht zwangsoperiert werden, sondern selbst über ihren Körper bestimmen. Die Beratung und Aufklärung der Eltern intersexueller Kinder muss deshalb dringend verbessert werden.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im Grundgesetz, Artikel 3

(<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). **Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen**

(<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), **plant die**

Bundesregierung aktuell keine Erweiterung

(https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

- a) Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?**

Ja.

- b) Wie stehen Sie dazu, dass hierbei der sehr eindeutige Rat der Expert*innen von der Politik nicht umgesetzt wird?**

Wir halten das für sehr bedauerlich und werden uns weiter für eine Grundgesetzesänderung in diesem Zusammenhang engagieren.

Zum Schluss noch drei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 14:

Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Nun werden auch immer mehr Landesverbände dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

Dennoch scheinen alle Parteien der AfD bislang alles durchgehen zu lassen – von zutiefst menschenrechtsfeindlichen Äußerungen (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu AfD-Denunziationsplattformen zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>).

Auch gegen die Corona-Leugner*innen wird fast nichts unternommen: Sturm auf den Reichstag und späte Ermittlung gegen Hildmann (<https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88969648/attila-hildmann-staatsanwaltschaft-berlin-ermittelt-gegen-corona-leugner.html)

- a) Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?**

Wie oben bereits erwähnt, zeigen wir GRÜNE innerhalb und außerhalb der Parlamente klare Kante gegen Rechts und sämtliche menschenfeindlichen Tendenzen. Wir werden nicht müde, immer wieder die menschenfeindlichen Aussagen und Inhalte der AfD zu entlarven. Doch es braucht ein breites Bündnis, um den rechten Tendenzen in den Köpfen nicht nur der AfD-Wähler*innen entgegen zu treten. Daher werden wir auch weiter für eine inklusive Gesellschaft werben, in der wir alle miteinander solidarisch sind.

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)
Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz

Das Grundgesetz ermöglicht, verfassungsfeindliche Parteien von staatlichen Finanzierungen und steuerlichen Begünstigungen auszuschließen. Wir wollen prüfen, inwieweit dieser Mechanismus bei der AfD greifen könnte.

b) Was werden Sie gegen die Corona-Leugner*innen, die andere gefährden, unternehmen?

Wissenschaftliche Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Verschwörungsglaube zu einem Radikalisierungsbeschleuniger werden kann. Straf- und Gewalttaten müssen als solche behandelt und von unseren Sicherheitsbehörden konsequent verfolgt werden. Dass Corona-Leugner*innen von Rechten in den Bundestag eingeschleust wurden, ist schockierend und inakzeptabel.

Um eine Radikalisierung zu verhindern, ist für uns GRÜNE Prävention der richtige Ansatz. Durch die Corona-Krise werden viele Menschen mit existentiellen Ängsten konfrontiert. Gerade in dieser Pandemie ist uns daher die Bedeutung von guter Gesundheitskommunikation besonders deutlich geworden. Es zeigt sich, wie wichtig es ist die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Pandemie zu vermitteln und in eine Alltagssprache zu übersetzen. Eine gute, transparente Gesundheitskommunikation gibt Menschen Antworten und sozialen Halt. Das brauchen wir gerade mehr denn je. Darüber hinaus ist eine verstärkte Aufklärungsarbeit nötig. Deswegen wollen wir die wichtige Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und des Demokratiezentrum weiter ausbauen. Denn Demokratiebildung hat eine präventive Wirkung gegen Gewalt und Demokratiefeindlichkeit. Wir unterstützen und bestärken auch bereits Schulen darin, sich noch stärker gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu engagieren. Hierzu verstärken wir die Förderung von Demokratie-Bildungsprojekten an Schulen.

Frage 15:

Vor allem Minderheiten wie LSBTI* – und damit auch Bisexuelle – haben ihr soziales Umfeld aufgrund von Diskriminierungserfahrungen oft nicht in der Herkunftsfamilie, sondern mussten andere Wege für ein stabiles und unterstützendes soziales Umfeld schaffen. Dieses findet oft nicht im häuslichen Umfeld, sondern in den Räumen von entsprechenden Initiativen oder Szene-Lokalen statt, die durch die bisherigen Corona-Maßnahmen besonders stark betroffen sind. Für das Ziel einer baldigen Öffnung solcher Räume kann die Corona-Impfung ein wichtiger Baustein sein. Dennoch geht es bei der Impfung nicht so schnell voran, wie es notwendig wäre - und andere Staaten dieser Welt zeigen, dass dies möglich wäre.

a) *Warum werden Ihrer Meinung nach die Lizenzen nicht abgekauft und/oder mehr Fabriken für die entsprechenden Impfstoff-Firmen gebaut, so dass viel schneller Impfstoffe für alle weltweit produziert werden?*

Es gibt bei der Produktion der neuentwickelten Corona-Impfstoffen einige Faktoren, die die Möglichkeiten der Produktionssteigerung anfangs zunächst einschränken. Auch ist die Herstellung hochspezialisiert und kann nicht ohne Weiteres von anderen Unternehmen ohne das entsprechend ausgebildete Personal übernommen werden. Nichtsdestotrotz bemühen sich die Hersteller zu kooperieren und damit die Kapazitäten zu erhöhen, als Beispiel sei hier das Pharmaunternehmen Sanofi genannt, dass seine Produktionsstätte in Frankfurt umrüstet um den Biontech-Impfstoff herzustellen.

Die Produktionskapazitäten müssen aber schnellstmöglich erhöht werden und die Bundesregierung hätte hier schon längst koordinierend eingreifen müssen. Nötig für die Impfkoordination ist eine Task Force mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Produktion und Ministerien. Diese muss sich zügig darum kümmern, dass Probleme und Engpässe bei Rohstoffen, beim Transport oder beim Personal schnell behoben werden.

Die Impfstoffe gegen COVID 19 müssen auch weltweit gerecht verteilt werden. Wir müssen die Pandemie global bekämpfen, auch um zu verhindern, dass durch neue Mutationen weitere Pandemien entstehen. Es ist ein gefährlicher Egoismus, wenn sich 14 Prozent der Weltbevölkerung über die Hälfte des Impfstoffs gesichert haben. Umso wichtiger wird die Frage nach der gemeinsamen Anstrengung für eine Produktion und Verteilung von Impfstoffen. Wir müssen die Länder des Globalen Südens noch viel mehr in diese Prozesse einbeziehen. Hierzu gehört auch mehr Transparenz bei den Verträgen, die mit den Impfstoffherstellern geschlossen wurden und bei den Produktionsverfahren der Impfstoffe. Es ist viel öffentliches Geld in diese Entwicklung geflossen und es ist im Interesse aller, die Pandemie global erfolgreich zu bekämpfen.

b) *Was tun Sie dafür, dass das Impfen in den nächsten Monaten in Baden-Württemberg gut verläuft?*

Rheinland-Pfalz liegt unter den Bundesländern sowohl bei der Erst- als auch bei der Zweitimpfung auf den vordersten Plätzen. Diesen Kurs wollen wir in den nächsten Monaten fortführen. Damit dies gelingt, muss in erster Linie der Bund seinen Lieferzusagen über die Impfstoffe nachkommen.

Frage 16:

Der Klimawandel ist wissenschaftlicher Konsens

(<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). **Und dennoch**

gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen. Auch viele LSBTI*-Jugendliche sehen hier ihre eigene Zukunft gefährdet.

a) *Warum wird der Rat von Klimaforschenden immer noch nicht hinreichend ernstgenommen?*

Wir nehmen den Rat von Klimaforschenden sehr ernst. Denn es geht doch um nichts anderes, als um den Erhalt unserer aller Lebensgrundlage. Natur- und Umweltschutz ist Teil unserer grünen DNA. Der Schutz unserer Umwelt und damit gleichsam unserer Lebensgrundlage war Gründungsmotivation der grünen Partei. Heute sehen wir angesichts der Klimakrise hierin immer noch die entscheidende Aufgabe der Politik in unserem Jahrzehnt. Die Fridays for Future-Bewegung begreifen wir als wichtigen Partner im Kampf gegen den Klimawandel und im Einsatz für echten Klimaschutz.

b) *Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?*

Wir GRÜNE setzen uns entschieden für Klimaschutz ein und streben daher eine sozial gerechte und klimaneutrale Gesellschaft bis 2035 an. Zentrale Grundlage für dieses Ziel ist der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit und das Klimaabkommen von Paris, das wir einhalten wollen. Wir wollen bei allen Entscheidungen den Klimaschutz voranstellen.

Als ersten und wichtigen Schritt werden wir alles daransetzen, unseren Strom bis 2030 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren zu produzieren. Dafür muss allen voran die installierte Leistung bei der Windkraft mindestens verdoppelt und bei der Solarenergie mindestens verdreifacht werden. Außerdem werden wir in die Entwicklung von grünem Wasserstoff und intelligenten Speichersystemen investieren.

Gerade in der Verkehrspolitik brauchen wir deutlich schnellere und zielsichere Veränderungen, um die Mobilitätswende umzusetzen. Wir brauchen einen deutlich stärkeren Ausbau der Erneuerbaren, eine Revolution in der Mobilität, in der Art unseres Wirtschaftens, unserer Produktion und unserer Energiegewinnung, um die angestrebten Klimaziele zu erreichen. Daher wollen wir konkrete Maßnahmen ergreifen, um unsere Umwelt, unseren Planeten und damit unsere Lebensgrundlage zu erhalten.

Klimaschonendes Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die klimaschonende, ökologische Landwirtschaft werden wir ebenso mit konkreten Maßnahmen weiter stärken.

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)
Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz

Das Landesklimaschutzgesetz wollen wir gemäß den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens weiterentwickeln. Wir möchten, dass der Staat, die Gemeinden und die Gemeindeverbände bei ihrem Handeln Klimaschutz und das Nachhaltigkeitsprinzip berücksichtigen, um die Interessen zukünftiger Generationen zu wahren. Daher wollen wir den Klimaschutz und den Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Verfassung verankern. Kommunen müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen. Wir werden Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei Entscheidungen der Landesregierung und des Landtags soll eine Klimafolgenabschätzung erstellt werden. Dabei soll der bestehende Klimabeirat zu einem Klimarat weiterentwickelt werden, in dem Akteur*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stärker in Entscheidungen eingebunden werden.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?

Abschließend möchten wir Ihnen für die Zusendung des umfangreichen Wahlprüfsteins danken. Aber vor allem danken wir Ihnen für Ihr Engagement für die Anliegen Bisexueller.